



Protokoll | Niederschrift

Bauausschuss

3. April 2025, 16:30 Uhr

öffentlich

Großer Sitzungssaal

Vorsitzender Daniel Fluhrer

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Frau Stadträtin Uysal erklärt, dass Herr Dr. Fechler sich etwas verspätet und stellt daher den Antrag, den TOP 2 zu verschieben und erst am Ende des öffentlichen Teils zu behandeln.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, Zustimmung zum Antrag fest und verschiebt den TOP 2 entsprechend.

TOP 1

Handyparken im öffentlich zugänglichen Raum

Antrag: CDU

Vorlage: 2025/0070

-Verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 18.02.2025-

Herr Stadtrat Pfannkuch erläutert, dass seine Fraktion aus zwei Gründen nicht zufrieden mit der Antwort der Verwaltung sei. Die Thematik sei in der Antwort schwieriger dargestellt und weniger riskant als die Situation tatsächlich ist und man müsse für Karlsruhe einen besonderen Anspruch haben, was diese Angelegenheit betreffe.

Man sollte nicht einwenden, dass solche Systeme riskant und angreifbar seien. Im gesellschaftlichen Leben gäbe es viele Dinge, die nicht immer gleich richtig funktionieren würden oder Potential für missbräuchliche Angriffe bieten, was jedoch nur selten wirklich passieren würde.

Herr Stadtrat Pfannkuch ergänzt weiter, dass die Stadt Karlsruhe, welche ein besonderes Verhältnis zur IT habe, sich in diesem Bereich besser aufbauen und alle Dinge ausschöpfen sollte, die vernünftig seien und von den Konsumenten auch angenommen werden. Seine Fraktion sei daher anderer Auffassung als die Verwaltung.

In Baden-Baden seien mit dem Handyparken wohl schlechte Erfahrungen gemacht worden.

Herr Stadtrat Pfannkuch beschreibt, dass er dort selbst gute Erfahrungen damit gemacht habe. Das Herunterladen der benötigten App, die Parkplatzsuche mitsamt digitalem Wegweiser sowie die Buchung und Einstellung der Parkdauer und anschließende Bezahlung sei kein Problem und habe sehr einfach und verständlich funktioniert. Fälschungsprobleme oder Ähnliches seien in diesem Moment nicht erkennbar gewesen.

Die Stadt Karlsruhe müsse mehrere Wege gehen, um den verschiedenen Anforderungen ihrer Bürger gerecht zu werden, und dies sei einer davon, welcher vermutlich auch günstiger sei als die bisherigen Online-Terminals zur bargeldlosen Zahlung.

Herr Stadtrat Pfannkuch betont abschließend, dass die Stadt gut darin tue, dieses System nochmals zu überprüfen.

Herr Saal (TBA) erklärt, dass das Tiefbauamt bisher noch keine Anfragen oder Forderungen aus der Bevölkerung erhalten habe, welche den Bedarf eines solchen Systems begründen würde. Zum aktuellen Stand seien sehr viele Möglichkeiten vorhanden, an den Parkscheinautomaten zu bezahlen, sei es per EC-Karte, Bargeld, Kreditkarte oder auch mit PayPal. Die Sicherheitsdefizite eines Handyparksystems werden zudem als riskanter angesehen, da die dort verwendeten QR-Codes nicht fälschungssicher seien.

Der Vorsitzende ergänzt hierzu, dass es aus mehreren Gründen kritisch betrachtet werde. Auch die Kontrolle des ruhenden Verkehrs durch den Vollzugsdienst würde sich als aufwändiger gestalten als bisher. Dies müsste komplett in das ausschließlich digitale System eingebunden werden. Problematisch sei auch, wie bereits ausgeführt, die Sicherheit dieser Systeme, da diese nicht fälschungssicher und damit angreifbar seien. Eine Empfehlung werde daher nicht ausgesprochen.

Herr Stadtrat Dujmovic merkt an, dass das Thema der Cybersicherheit nicht allein dadurch definiert werde, ob jemand gute Erfahrungen mit einem solchen System gemacht habe. Es gäbe generelle Anfälligkeiten für Systeme und diese sollten grundsätzlich betrachtet werden.

Trotzdem sei die Idee prinzipiell attraktiv. Das Ergebnis einer digitalisierten Parkraumverwaltung müsse aber auch eine Entlastung der Verwaltung sowie eine Vereinfachung für die Bürger*innen sein. Damit diese Grundlagen gegeben sind und eine Zustimmung der Fraktion erfolgen kann, müsse ein Konzept erarbeitet werden, in welchem die Sicherheit und der Zugriff der verarbeitenden Daten betrachtet werde. Weiterhin müsse gewährleistet sein, dass dadurch entstehende Mehrkosten nur von den Nutzer*innen des Handyparkens getragen werden. Bürger*innen, die weiterhin mit Karte oder bar zahlen möchten, dürfen durch das neue System keine zusätzliche Belastung durch Mehrkosten spüren.

Herr Stadtrat Dujmovic führt zudem aus, dass im Kontext dieser Thematik überprüft werden sollte, ob Scan-Cars mit kennzeichenbezogener Kontrollmöglichkeit zur automatisierten Parkraumüberwachung einen Mehrwert zur besseren Kontrolle bieten. Wenn diese Punkte weiter betrachtet werden, könne man sich vorstellen, den Antrag weiterzutragen.

Herr Stadtrat Cramer erläutert, dass seine Fraktion den Antrag grundsätzlich gut finde und keine Bedenken hierzu habe. Man solle den Antrag nicht schlichtweg mit der Begründung ablehnen, dass es nicht funktionieren würde. Wenn ein solches Anliegen aus dem Gemeinderat vorgetragen wird, solle man dieses weiterverfolgen und aufgezeigt bekommen, wie eine Umsetzung möglich sei. Die vorliegenden Bedenken können dann von Fachleuten, auch innerhalb der Fraktionen, bewertet werden. Es stelle sich die Frage, ob hierfür ein mehrheitlicher Gemeinderatsbeschluss notwendig sei oder aufgrund der Diskussionen in diesem Ausschuss von Seiten der Verwaltung die Umsetzbarkeit weiterverfolgt werden könne, auch wenn keine konkreten Anforderungen aus der Bevölkerung vorliegen.

Herr Stadtrat Cramer führt zusätzlich aus, dass der Gemeinderat in solchen Dingen vordenken müsse und Themen aufgreifen sollte, die nicht unbedingt von den Bürgern an die Stadt herangetragen werden.

Frau Stadträtin Lorenz teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze. Das System des Handyparkens gebe es in vielen anderen Städten auch. Beim Thema Datensicherheit solle man bedenken, dass auch bei der jetzigen Situation die EC-Karten an die Parkterminals gehalten werden und es somit Möglichkeiten zum Datenmissbrauch biete. Zudem seien diese Parksäulen bei Großveranstaltungen oft Vandalismus ausgesetzt. Karlsruhe solle bei digitalen Themen fortschrittlich denken und ein solches System könne eventuell auch dazu animieren, die Parkdauer zu verlängern.

Frau Stadträtin Lorenz erläutert weiterhin, dass die Kontrolle für den kommunalen Ordnungsdienst ebenfalls keine Probleme darstellen würde. Dieser scanne das Kennzeichen des Fahrzeugs ein und gleiche dieses dann mit der Datenbank des digitalen Systems ab.

Frau Stadträtin Uysal erklärt, dass ihre Fraktion diesen Schritt zur Digitalisierung des Parkens ebenfalls sehr begrüße und gerne weiterverfolgen wolle. Die genannten Gründe der Datensicherheit sollten weiter überprüft und Lösungen dazu erarbeitet werden, sodass ein solches System tragbar werde. Zudem sei Handyparken nicht nur in vielen Städten Deutschlands, sondern auch europaweit etabliert und funktioniere gut. Als Digitalstadt sollte Karlsruhe hier Fortschritte machen und ein digitales Parksystem würde damit sehr gut zur Stadt passen.

Herr Stadtrat Gaukel sagt, dass der Gemeinderat den Willen der Bevölkerung vertrete und das Handyparken aus diesem Grund weiterverfolgt werden sollte. Ein höherer Verwaltungsaufwand des Bezahlsystems an den Parkscheinautomaten sei nicht unbedingt gegeben, da ein Handyparksystem nicht zwingend an die Parkscheinautomaten gekoppelt werden müsse. Man könne eine App für den Straßenraum nutzen, die davon losgelöst funktioniere. Der Verwaltungsaufwand im Zuge der Kontrolle werde ebenfalls als geringer angesehen, solle aber dennoch bei einer Überprüfung genauer betrachtet werden.

Herr Stadtrat Gaukel führt weiter aus, dass man generell die Nutzung von QR-Codes hinterfragen müsste, wenn man aus dem genannten Grund der Datensicherheit die Einführung eines Handyparksystems ablehne. Eine größere Gefahr werde hier nicht gesehen. Auch, da das System nicht zwingend über QR-Codes laufen müsse. Es gebe auch andere Möglichkeiten. Der vorher eingebrachte Vorschlag zur Einführung von Scan-Cars werde positiv gesehen und solle auch weiterverfolgt werden.

Der Vorsitzende antwortet zu den genannten Punkten, dass ein Wechsel zum reinen Handyparksystem bedeuten würde, die bisher bestehenden Parkterminals komplett abzubauen und eine vollständige Digitalisierung des Parksystems durchzuführen und einzurichten. Zudem sei ein 24/7 Support notwendig, was ebenfalls einen äußerst hohen Aufwand darstelle. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage werde momentan gesamtstädtisch beleuchtet, in welchen Bereichen man Leistungen auf die notwendigen Standards reduzieren und was man sich als Stadt noch leisten könne. Zudem stellen die Kommunen, die ein Handyparksystem nutzen, auch nur einen sehr geringen Prozentsatz dar. Auch solle hinterfragt werden, ob der Mehrwert eines Handyparksystems im Vergleich zur bisherigen Lösung mit Parkterminals wirklich den hohen Aufwand einer vollständigen Überarbeitung des Parksystems rechtfertige. Die Mühe, digital an den Parkterminals zu zahlen, sei doch sehr vergleichbar zur ausschließlichen Handynutzung.

Herr Stadtrat Gaukel entgegnet, dass der Aufwand sehr ähnlich sei, wenn man direkt an Parkscheinautomaten halte. Bei größeren Distanzen ergebe sich hier allerdings doch ein großer Unterschied. Zum weiteren Vorgehen wird vorgeschlagen, das neue System zunächst in einem bestimmten Bereich auszuprobieren, um erste Erfahrungen zu sammeln und zu sehen, ob das Handyparken überhaupt angenommen und nachgefordert wird. Die Ausrollung eines digitalen Systems, welches eine Nutzung per App ermöglicht, werde nicht als zu aufwändig betrachtet. Lediglich die Kontrolle des Ordnungsdienstes stelle eine wesentliche Aufgabe dar. An den Parkscheinautomaten selbst müsse nichts geändert werden.

Herr Stadtrat Dujmovic ergänzt, dass die Bedenken bezüglich der Datensicherheit sowie der Umsetzung sehr nachvollziehbar seien. In der Stellungnahme sei jedoch wenig Inhaltliches zu finden, was dem entgegengesetzt werde. Aus diesem Grund werde darum gebeten, dass sich in einer weiteren Stellungnahme damit auseinandergesetzt werde, wie eine funktionierende Lösung dazu aussehen könnte. Mit dem bisherigen Stand wäre eine Zustimmung nicht gegeben, dennoch sei die Idee grundsätzlich attraktiv. Vor allem im Kontext mit Scan-Cars, welche sehr aktuell im Mobilitätsgesetz verabschiedet wurden. Diese Punkte sollen in einer weiteren Runde dann nochmals diskutiert werden.

Herr Kissel (TBA) antwortet, dass von Seiten der Verwaltung keineswegs etwas abgewimmelt oder verweigert werden möchte, sondern die Stadt modern weiterentwickelt werden soll. Die bisherigen und funktionierenden Systeme wurden immer weiter ausgebaut und an den technischen Stand angepasst, sodass alle gängigen Bezahlssysteme angenommen werden. Bisher sei noch keine Kritik an das Tiefbauamt herangetragen worden, welche Bedarf an einem neuen Parksystem benannt habe.

Herr Kissel (TBA) teilt weiter mit, dass ein wichtiger Faktor die kritische Infrastruktur und Cybersicherheit darstelle. Im Klärwerk sei dies ein äußerst wichtiges Thema. Dort beschäftige man sich umfassend mit der Thematik, ob und wie in solche Systeme eingegriffen werden könne. Auch in vielen anderen Großstädten sei die Angreifbarkeit von digitalen Verkehrssystemen über eine externe Vernetzung ein sehr großes Thema. Der Stadt Karlsruhe sei es daher ein großes Anliegen, eine Abgrenzung zwischen Leitsystem und anderen Netzwerken sicherzustellen, um eine mögliche Verknüpfung zu vermeiden. Es sei daher auch nicht ganz klar, weshalb mehrere Anbieter solcher Apps diese

Dienstleistungen kostenlos anbieten. Sehr wahrscheinlich stehe hier ein tieferes Interesse an den erhaltenen Daten zur weiteren Nutzung im Hintergrund.

Herr Kissel (TBA) schlägt vor, mit den Städten Freiburg, Stuttgart sowie weiteren größeren Kommunen in Baden-Württemberg, welche bereits Handyparken nutzen, in einen Austausch einzusteigen. Dort könne man sich über die Sicherheitsaspekte informieren sowie mit den Ordnungsämtern über die Kontrollmöglichkeiten diskutieren. Im Falle von positiven Rückmeldungen könne man anschließend einen Modellversuch starten und in einem ausgewählten Gebiet ein mögliches System austesten. Verkehrssicherheit und funktionierende Systeme seien ein hohes Gut, daher wolle man hier von Seiten der Verantwortlichen nicht vorschnell handeln.

Herr Stadtrat Dujmovic bedankt sich für den Vorschlag sowie den erläuterten Fokus auf die Cybersicherheit. Bei dieser Nachfrage könne, insbesondere bei der Stadt Freiburg, gerne die Erfahrung mit den dort verwendeten Scan-Cars eingeholt werden.

Herr Kissel (TBA) antwortet, dass dem Gremium zeitnah über die Erfahrungswerte berichtet werde, sobald die Rückmeldung der Städte vorliegen. Anschließend könne gemeinsam das weitere Vorgehen besprochen werden.

Herr Stadtrat Müller greift den Vorschlag auf, unter der Voraussetzung, dass dann auch tatsächlich die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie ein solches Vorhaben unter Berücksichtigung der heute angesprochenen Punkte umsetzbar wäre und nicht nur auf die dagegenstehenden Gründe verwiesen werde.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, einhellige Zustimmung zum weiteren Vorgehen fest. Der Tagesordnungspunkt gilt damit als beraten.

TOP 3

Abwasserbeseitigung, Netzsanierung Kernstadt

Kanalsanierung Landgraben Bauabschnitt 2 im Schlauchliningverfahren

Vorlage: 2025/0209

Herr Kissel (TBA) erläutert die Vorlage und erklärt, dass es sich hierbei um ein sehr besonderes Projekt handle. Der Landgraben nehme innerhalb der Stadt einen hohen Stellenwert ein und war lange Zeit die zentrale und wichtigste Abwasserleitung im Stadtgebiet, an welcher zudem die komplette Abwasserableitung von Durlach angeschlossen sei. Auch hier gebe es sanierungsbedürftige Abschnitte, die allerdings im Gegensatz zu üblichen Kanälen einen deutlich größeren Querschnitt aufweisen. Vor drei Jahren wurde bereits ein Abschnitt des Landgrabens im Schlauchliningverfahren saniert.

Für die jetzige Sanierung wurde sich an diesem Referenzprojekt orientiert und es wurde sich auch preislich nach den damaligen Ausschreibungsergebnissen gerichtet. Bei den eingegangenen Angeboten konnte festgestellt werden, dass vor allem die Materialpreise bei allen Anbietern deutlich günstiger ausfielen als prognostiziert wurde. Dies könne auf die Entwicklungen auf dem Markt zurückgeführt werden.

Herr Kissel (TBA) führt weiterhin aus, dass der Preis seriös und auskömmlich kalkuliert wurde. Dies konnte in einem Aufklärungsgespräch mit dem Unternehmen überprüft und besprochen werden. Da es sich bei dem erstplatzierten Bieter zudem um ein renommiertes Unternehmen handle, könne guten Gewissens eine Zustimmung zur Vergabe empfohlen werden.

Aufgrund der Besonderheit des Projekts in diesem Fall werde den Gemeinderäten angeboten, gerne bei einem Ortstermin die Baustelle zu besichtigen und das Einziehen des Schlauchliniers mitzuverfolgen. Interesse hierfür könne beim Dezernat 6 und dem Tiefbauamt gemeldet werden. Die Fraktionen werden hierzu nochmals angeschrieben.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, einhellige Zustimmung zum Vergabevorschlag fest.

TOP 2

Wiederaufstellung eines Maibaums in Mühlburg

Antrag: SPD

Vorlage: 2025/0074

-Verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 18.02.2025-

Herr Dr. Fechler erklärt, dass seine Fraktion mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei. Im Vorfeld habe es durch Bemühungen der Bürger sowie aufgrund von Aussagen des Oberbürgermeisters und der Ersten Bürgermeisterin eine gewisse Erwartungshaltung auf eine positive Rückmeldung zu einer Lösungsfindung gegeben. Die Darlegungen, insbesondere zur Statik, seien alle nachvollziehbar. Die Verwaltung solle dennoch erneut proaktiv auf den Bürgerverein Mühlburg zugehen und das Gespräch zur Lösungsfindung suchen.

Herr Kissel (TBA) erläutert, dass das Tiefbauamt in unterschiedlichsten Fragestellungen immer gerne unterstützend und beratend zur Seite stehe. Es gebe oftmals Anfragen von Bürgervereinen, bei welchen die Hilfe des Tiefbauamtes zur Verfügung gestellt werde.

Herr Kissel (TBA) stellt ergänzend klar, dass es sich bei der vorliegenden Problemstellung nicht um eine öffentliche Aufgabe handle. Zudem sei die betreffende Fläche kein öffentliches Grundstück, sondern gehöre der Kirche. Damit liege keine städtische Zuständigkeit vor und es handle sich damit um eine privatrechtliche Angelegenheit des Bürgervereins. Weiterhin werden die Anforderungen der Sicherheit immer größer, weshalb aus statischen Gründen hier ein Fundament notwendig sei.

Zur Erstellung der Statik sowie zur Vorlage des benötigten Mehrspartenplans für die Übersicht der unterirdischen Leitungen könne das Tiefbauamt gerne beratend und unterstützend mitwirken, allerdings sei, aufgrund der sehr aktuellen Haushaltskonsolidierung, stetig eine Entscheidung vorzunehmen, welche Aufgaben Pflicht und welche lediglich Kür seien. Die hier vorliegende Aufgabenstellung falle diesbezüglich deutlich auf die Seite der Kür. Die Erstellung und Beauftragung einer kleinen Planung könne in diesem Fall daher ganz klar nicht Aufgabe der Stadt sein, sondern liege in der Zuständigkeit des Bürgervereins.

Herr Dr. Fechler regt an, aufgrund der Erwartungshaltung der Bürger dennoch einen Termin zu vereinbaren, bei welchem nochmals eine Stellungnahme erfolge.

Der Vorsitzende bietet an, ein letztes Mal das Gespräch zu suchen und einen entsprechenden Termin mit Stellungnahme zu vereinbaren.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, einhellige Zustimmung zum weiteren Vorgehen fest. Der Tagesordnungspunkt gilt damit als beraten.

TOP 4

**Fichte-Gymnasium, Errichtung mehrerer Photovoltaikanlagen
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten (inkl. Indach-PV-Anlagen)
Vorlage: 2025/0084**

Der BA hat der Vergabe einstimmig zugestimmt.

TOP 5

**Badisches Konservatorium, Umbau Dragonerkaserne
Vergabe eines Bauauftrages für die vorgehängte und hinterlüftete Fassade
Vorlage: 2025/0151**

Der BA hat der Vergabe einstimmig zugestimmt.

TOP 6

**Grundschule Daxlanden, Erneuerung Fenster, Dach und Fassade
Vergabe von Zimmer-, Holzbau- und Klempnerarbeiten sowie
Dachdeckungsarbeiten (inkl. Indach-PV-Anlagen)
Vorlage: 2025/0163**

Der BA hat der Vergabe einstimmig zugestimmt.

TOP 7

**Stadthalle Modernisierung
Vergabe von Lose Möblierung: Los 1 Stühle, Los 2 Tische
Vorlage: 2025/0228**

Stadtrat Herr Müller äußert sich kritisch zur verspäteten Bereitstellung der Vorlage und fordert, künftig eine fristgerechte Übermittlung an den Bauausschuss sicherzustellen.

Stadträtin Frau Lorenz betont, dass ohne angemessene Vorbereitung keine Beschlussfassung über die Vorlage möglich sei, da diese dem Bauausschuss nicht rechtzeitig vorgelegen habe.

Herr Stadtrat Dr. Cremer mahnt an, dass Versäumnisse wie die nicht rechtzeitige Bereitstellung der Beschlussvorlage künftig vermieden werden sollen und geklärt werden müsse, worin die Ursache lag.

Herr Stadtrat Cramer hält die Vorlage aufgrund der verspäteten Bereitstellung ebenfalls für nicht beschlussfähig. Er schlägt vor, die Vorlage in den Hauptausschuss zu verweisen.

Herr BM Fluhrer weist darauf hin, dass der Bauausschuss den Hauptausschuss durch einen Beschluss ermächtigen müsse, die Vergabe zu beschließen. Dies sei aus Gründen der rechtlichen Legitimation notwendig.

Herr Stadtrat Pfannkuch stellt fest, dass verspätete Vorlagen kein Einzelfall seien und mahnt Respekt gegenüber dem Gremium an. Er bemängelt, dass die Vorlage erst während der Sitzung zur Verfügung gestellt worden sei.

Prof. Frau Sick und **Frau Yarimasik (HGW)** weisen darauf hin, dass die Zuschlagsfrist am 30. Mai 2025 endet und vor der formellen Beauftragung die Einspruchsfrist einzuhalten sei.

Herr Dr. Cremer schlägt ebenfalls vor, die Vorlage an den Hauptausschuss zu verweisen, um bei der Beauftragung mit einem Zeitpuffer agieren zu können.

Herr Stadtrat Dr. Fechler erkennt in der verspäteten Vorlage einen formalen Mangel und plädiert dafür, die Beschlussfassung in die Sitzung des Bauausschusses im Mai zu vertagen.

Herr Stadtrat Cramer bringt den Vorschlag ein, die Mitglieder des Bauausschusses zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einzuladen, um eine formal korrekte Beschlussfassung zu ermöglichen.

Herr Stadtrat Gaukel regt an, die Beschlussfassung im Rahmen der Gemeinderatssitzung vorzunehmen, bei der alle Mitglieder des Bauausschusses anwesend sind oder alternativ eine Sondersitzung einzuberufen.

Herr BM Fluhrer schlägt vor, die Vorlage im Bauausschuss am 8. Mai 2025 als ersten Tagesordnungspunkt zu beraten.

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage auf den Bauausschuss am 8. Mai 2025.

TOP 7

Prioritätenliste für Schulbaumaßnahmen

Vorlage: 2025/0102

Der BA hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Ende: 17:30 Uhr

Karlsruhe, den 04.04.2025

Der Vorsitzende

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. Fluhrer'.

Daniel Fluhrer
Bürgermeister

Die Schriftführer

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'S. Meyer'.

Silke Meyer
gez. Dilek Yarimasik

Verteiler: Sitzungsdienst und beteiligte Ämter